



Text in Leichter Sprache

Umsetzung von der UN-Behindertenrechts- Konvention

Unsere Empfehlungen für die Regierungszeit
2021 bis 2025

Oktober 2021

Inhalt

Was steht in diesem Text?	3
Gemeinsame Umsetzung vom UN-Vertrag	4
Das soll die neue Regierung für die Rechte von Menschen mit Behinderungen machen	5
Umgang mit der Corona-Zeit.....	6
Gewalt-Schutz.....	8
Inklusive Gesundheits-Versorgung.....	9
Barriere-Freiheit und Hilfen	10
Inklusiver Arbeitsmarkt.....	11
Inklusiv lernen	12
Neue Regeln zur Behandlung von seelischen Behinderungen	13
Selbst-bestimmtes Leben und Wohnen.....	15
Sexuelle Selbst-Bestimmung und das Recht auf Eltern-Sein	17
Politische Mit-Bestimmung von Selbst-Vertretungen.....	19
Über diesen Text.....	21
Über das Deutsche Institut für Menschen-Rechte	23

Was steht in diesem Text?



Dieser Text ist von dem
Deutschen Institut für Menschen-Rechte.

Dort gibt es ein Büro.

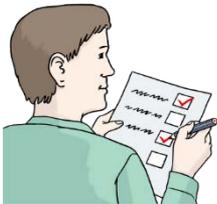
Das Büro heißt:

Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechts-Konvention.



Die UN-Behindertenrechts-Konvention ist ein UN-Vertrag.
Viele Länder auf der Welt haben den Vertrag unterschrieben.

Mit ihrer Unterschrift stimmen diese Länder den Regeln aus
dem Vertrag zu.



Die Monitoring-Stelle prüft:

- Wird der UN-Vertrag in Deutschland eingehalten.
- Haben behinderte Menschen in Deutschland die gleichen Rechte wie alle anderen Menschen auch.

In diesem Text stehen 11 Empfehlungen.

Empfehlungen sind so etwas wie Vorschläge.

Sie sind von der Monitoring-Stelle.

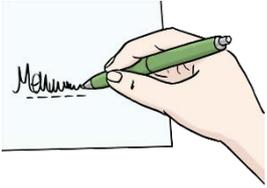
In diesem Text steht:

Das soll von 2021 bis 2025 gemacht werden:

Damit Deutschland die Regeln aus dem UN-Vertrag beachtet.



Gemeinsame Umsetzung vom UN-Vertrag



Vor 12 Jahren hat Deutschland den UN-Vertrag unterschrieben.

Darin stehen die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Mit der Unterschrift hat Deutschland den Rechten aus dem UN-Vertrag zugestimmt.

Aber in Deutschland werden immer noch nicht alle Rechte aus dem UN-Vertrag beachtet.

Es muss noch viel für Inklusion gemacht werden.



Für die nächsten 5 Jahre soll die neue Regierung klar sagen:

Die Rechte aus dem UN-Vertrag werden beachtet.

Die neue Regierung soll in ihrer Regierungs-Zeit den UN-Vertrag in den Mittelpunkt stellen:

Damit die Inklusion in Deutschland besser wird.

Der Bundes-Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen soll im Kanzler-Amt arbeiten.

Damit man deutlich merkt:

Diese Person ist wichtig.

Diese Person arbeitet mit allen Ministern und Ministerinnen zusammen.

In allen Bereichen sollen die Rechte von Menschen mit Behinderungen beachtet werden.

Das soll die neue Regierung für die Rechte von Menschen mit Behinderungen machen

Um folgende Themen soll sich die neue Regierung kümmern.

Dazu soll sie genaue Vorschläge machen:

Damit sich wirklich etwas verändert.

Neuer Nationaler Aktions-Plan

Der **Nationale Aktions-Plan** ist ein Plan von der Regierung.

Die Abkürzung ist **NAP**.

Darin steht:

Das will die Regierung machen.

Damit Menschen mit Behinderungen besser leben können.

In den letzten Jahren gab es viele Aktions-Pläne:

Damit die Rechte aus dem UN-Vertrag beachtet werden.

Mit Aktions-Plänen konnten alle gut arbeiten:

- Die Bundes-Regierung.
- Die Regierungen in den Bundes-Ländern.

Wir schlagen deshalb vor:

Es soll einen neuen Nationalen Aktions-Plan geben.

Er soll die Abkürzung NAP 3.0 haben.

Das ist eine wichtige Aufgabe von der neuen Regierung.

Diese Aufgabe soll am Anfang von der neuen Regierungs-Zeit gemacht werden.

An dem neuen Aktions-Plan sollen mit-arbeiten:

- Menschen mit Behinderungen.
- Selbst-Vertretungen von Menschen mit Behinderungen.



Umgang mit der Corona-Zeit

In der Corona-Zeit wurden die Rechte von Menschen mit Behinderungen nicht ausreichend beachtet.

Zum Beispiel:

- Es gab zu wenig Schutz-Kleidung.
- Es gab zu wenig Schutz-Masken.
- Es gab strenge Kontakt-Verbote in Wohn-Einrichtungen.

Die neue Regierung soll prüfen:

- Diese Folgen hat die Corona-Zeit für Menschen mit Behinderungen.
- Diese Schutz-Maßnahmen waren gut.
- Diese Schutz-Maßnahmen waren nicht gut.
- Das muss besser werden.



Beim Prüfen von der Corona-Zeit sollen Menschen mit Behinderungen als Experten und Expertinnen in eigener Sache mit-machen.

Oder Selbst-Vertretungen von Menschen mit Behinderungen. Denn sie können selbst am besten über die Corona-Zeit sagen:

- Das war gut.
- Das war nicht so gut.
- Das muss besser werden.

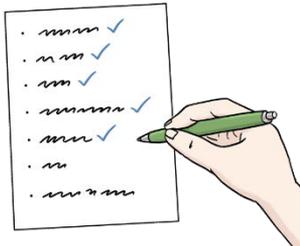
Dieses Wissen hilft:

Für einen besseren Schutz vor Natur-Katastrophen und Krankheits-Wellen.

Die neue Regierung soll einen Plan zum Schutz von Menschen mit Behinderungen machen.

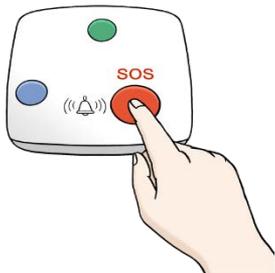
Zum Beispiel:

- Bei Natur-Katastrophen wie Hoch-Wasser.
- Bei einer Krankheits-Welle wie in der Corona-Zeit.



In diesem Plan steht:

- Das brauchen Menschen mit Behinderungen in so einer Not-Lage.
- Das muss man beachten.
- Diese Gefahren gibt es.



In Not-Lagen ist auch wichtig:

- Infos und Not-Rufe müssen barriere-frei sein.
- Damit Menschen mit Behinderungen Warnungen richtig verstehen.
- Damit Menschen mit Behinderungen selbst Hilfe holen können.
- Menschen mit Behinderungen können elektronische Not-Rufe und Not-Dienste benutzen.

Gewalt-Schutz



Menschen mit Behinderungen erleben in Deutschland oft Gewalt.

Frauen und Mädchen erleben besonders häufig Gewalt oder **Missbrauch**.

Missbrauch bedeutet:

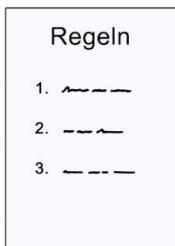
Man muss etwas gegen seinen Willen machen.

Über die Hälfte von Frauen mit Lern-Schwierigkeiten in Einrichtungen haben selbst schon Gewalt erlebt.

Seit letztem Jahr gibt es neue Regeln zum Schutz vor Gewalt.

Die neue Regierung soll darauf achten:

- Diese neuen Regeln zum Schutz vor Gewalt werden beachtet.
- Es sollen Pläne zum Schutz vor Gewalt gemacht werden.
- An diesen Plänen sollen Menschen mit Behinderungen mit-arbeiten.
- Es soll auch Möglichkeiten für Beschwerden geben:
Wenn man Gewalt erlebt hat.



Der Schutz vor Gewalt soll in Einrichtungen und bei Diensten überwacht werden.

Das sollen Personen machen, die **nicht** in diesen Einrichtungen oder bei diesen Diensten arbeiten.

Es soll mehr Frauen-Häuser geben.

Frauen-Häuser bieten Frauen Schutz vor Gewalt.

Die Frauen-Häuser müssen barriere-frei sein.

Damit auch Frauen mit Behinderungen sie nutzen können.



Es soll mehr Beratung geben:

- Wenn man Gewalt erlebt.
- Wenn man sich vor Gewalt schützen will.



Menschen mit Behinderungen sollen stark gemacht werden:

Damit sie sich selbst besser vor Gewalt schützen können.

Vor allem Frauen und Kinder sollen stark gemacht werden.

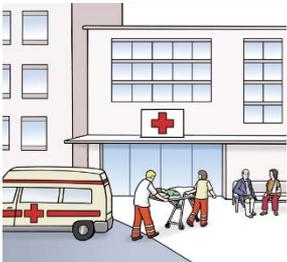
Das bedeutet:

Sie sollen wissen:

Das bedeutet das Recht auf Selbst-Bestimmung.

Das bedeutet das Recht auf Teilhabe in der Gesellschaft.

Inklusive Gesundheits-Versorgung



In Deutschland gibt es wenig inklusive Gesundheits-Angebote.

Deshalb soll sich die neue Regierung darum kümmern:

- Ärzte-Häuser und Gesundheits-Angebote sind barriere-frei.
- Menschen in Einrichtungen können Hilfe von einem Pflege-Dienst bekommen.

Auch wenn die Einrichtungen

zur **Eingliederungs-Hilfe** gehören.

Eingliederungs-Hilfe ist eine Hilfe für Menschen mit Behinderungen:

Damit sie besser mit einer Behinderung leben können.

- Fach-Kräfte im Bereich Gesundheit lernen in Schulungen: Diese Rechte haben Menschen mit Behinderungen.

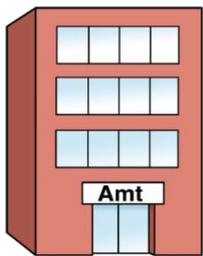
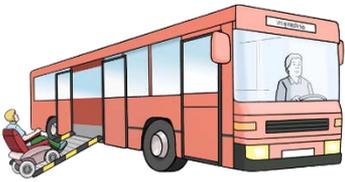


Barriere-Freiheit und Hilfen

In Deutschland gibt es in allen Lebens-Bereichen Barrieren.
Dadurch haben Menschen mit Behinderungen Nachteile.

Zum Beispiel:

- Wenn sie Bus und Bahn benutzen wollen.
- Wenn sie eine Wohnung suchen.



Im UN-Vertrag steht aber:

Es soll keine Barrieren geben.

Die neue Regierung soll die Barriere-Freiheit verbessern:

- In staatlichen Gebäuden.
- Bei staatlichen Diensten und Ämtern.

Die neue Regierung soll auch in allen anderen Bereichen die Barriere-Freiheit verbessern:

Wenn es nicht um staatliche Gebäude oder Dienste geht.

Inklusiver Arbeitsmarkt



Es gibt viele Hilfen für Arbeit und Ausbildung von Menschen mit Behinderungen.

Trotzdem ist der Arbeits-Markt nicht inklusiv.

Menschen mit Behinderungen finden schlecht eine Arbeit außerhalb von Werkstatt-Angeboten und Einrichtungen.



Die neue Regierung soll deshalb den Übergang von der Schule ins Berufs-Leben verbessern.

Es soll Ausbildungs-Angebote für Jugendliche mit und ohne Behinderungen geben.

Niemand soll ausgeschlossen werden.

Alle sollen gleiche Möglichkeiten bei der Berufs-Wahl haben.

Ausbildungs-Plätze und Arbeits-Plätze sollen barriere-frei sein.

Auch wenn sie nicht staatlich sind.



Nicht-staatliche Firmen sollen mehr Hilfe bekommen:

Damit sie Menschen mit Behinderungen beschäftigen.

Gleichzeitig sollen sie die Regeln dafür beachten.

Es soll mehr Beratung geben:

Wenn man Menschen mit Behinderungen beschäftigt.

Die **Ausgleichs-Abgabe** soll steigen.

Das ist Straf-Geld:

Wenn Firmen Menschen mit Behinderungen

keine Arbeit geben.

Inklusiv lernen



Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf Lernen.

Sie sollen zusammen lernen mit Menschen ohne Behinderungen.

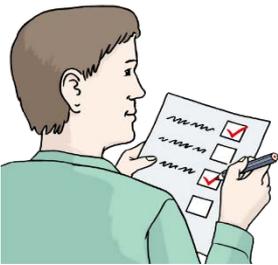
Dort müssen sie Hilfe bekommen:

Wenn sie im Unterricht Hilfe brauchen.

Die neue Regierung soll zusammen mit den

Bundes-Ländern einen Plan für Schulen machen:

Damit die Inklusion an Schulen besser wird.



Die Bundes-Regierung soll prüfen:

So kann sie den Bundes-Ländern helfen.

Zum Beispiel:

- Mit Infos, was für den Plan wichtig ist.
- Mit Geld.

Neue Regeln zur Behandlung von seelischen Behinderungen

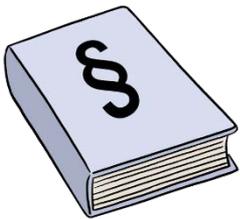
Menschen mit seelischen Behinderungen
dürfen nicht ausgegrenzt werden.

Ihre Menschen-Rechte müssen beachtet werden.

Sie müssen vor Gewalt geschützt sein.

In den Kranken-Häusern muss viel verändert werden:

Damit Menschen mit seelischen Behinderungen
gut versorgt werden.



Die neue Regierung soll Gesetze ändern:

Damit sie zum UN-Vertrag passen.

Zum Beispiel:

- Bei Behandlungen gegen den Willen von einer Person.
- Wenn Menschen gegen ihren Willen in einer Einrichtung sind.
- Wenn Menschen sich nicht frei bewegen können:
Weil sie festgehalten werden.
Weil sie Medikamente bekommen.

Es soll weiter an Behandlungen und Hilfen
für Menschen mit seelischen Behinderungen
gearbeitet werden.

Daran sollen Menschen mit seelischen Behinderungen
mit-arbeiten.





Es sollen Daten gesammelt werden zum Thema:

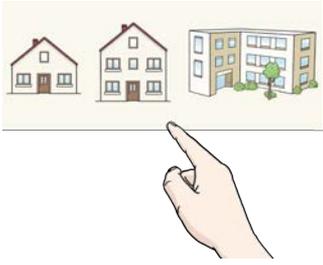
- Diese **Zwangs-Behandlungen** gibt es in Kranken-Häusern.
Damit sind Behandlungen gegen den Willen von einem Menschen gemeint.
- So kann man Menschen ohne Zwang behandeln.

Der Bundes-Tag soll darüber reden:

So wird in deutschen Kranken-Häusern für seelische Behinderungen gearbeitet.

So vermeidet man Behandlungen gegen den Willen von einem Menschen.

Selbst-bestimmtes Leben und Wohnen



In Deutschland gibt es zu wenig barriere-freie Wohnungen.
Vor allem diese Menschen haben Probleme bei der Suche nach einer Wohnung:

- Menschen mit wenig Geld.
- Menschen mit Behinderungen.

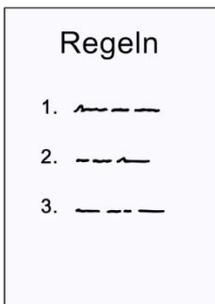
Viele Menschen mit Lern-Schwierigkeiten leben in Einrichtungen.

Dort gibt es wenig Selbst-Bestimmung.

Vieles ist genau geregelt.

Zum Beispiel:

- Essens-Zeiten.
- Auswahl beim Essen.
- Freizeit-Angebote.

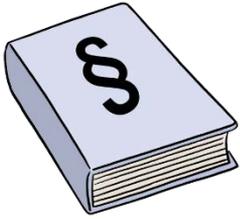


In Einrichtungen sind Menschen mit Behinderungen außerdem von Gewalt bedroht.

Sie erleben dort eher Gewalt.

Die neue Regierung soll dafür sorgen:

- Menschen mit Behinderungen müssen nicht in Einrichtungen wohnen.
- Es gibt mehr barriere-freie Wohnungen.
- Es gibt mehr Regeln für Barriere-Freiheit.
- Diese Regeln müssen beim Bauen beachtet werden.



Die neue Regierung soll
das Bundes-Teilhabe-Gesetz verändern.
Darin soll stehen:
Menschen in Einrichtungen müssen sich Hilfen
nicht mehr teilen.
Sie werden für jeden Menschen einzeln geplant.



Die Regeln für Geld und Hilfe im Bereich Pflege
sollen verbessert werden.
Es soll mehr Hilfe durch Pflege-Dienste geben.

Alle sollen Hilfen bekommen:
Auch wenn man eigenes Geld hat.
Und wenn man Hilfen braucht.

Es sollen mehr Infos gesammelt werden darüber:
So lebt man selbst-bestimmt in der Gesellschaft.
So klappt Inklusion in der Gesellschaft.
So entscheidet man selbst:
– Dort will ich leben.
– So will ich wohnen.

Es soll mehr Beratung geben zu Hilfen beim Thema Wohnen.
Die Beratung könnte die
Ergänzende unabhängige Teilhabe-Beratung machen.
Dazu braucht sie einen Auftrag:
Damit sie ihre Arbeit lange machen kann.



Sexuelle Selbst-Bestimmung und das Recht auf Eltern-Sein

Menschen mit Behinderungen in Deutschland erleben bei der sexuellen Selbst-Bestimmung viele Barrieren.

Sie erleben Barrieren:

- Wenn sie Eltern werden wollen.
- Wenn sie eine eigene Familie gründen wollen.



Die neue Regierung soll dafür sorgen:

Frauen mit Behinderungen bestimmen selbst und frei:

- Ich möchte schwanger werden.
- Ich möchte mich vor einer Schwangerschaft schützen.

Die Regeln zur **Sterilisation** sollen geändert werden.

Eine **Sterilisation** ist eine Operation.

Danach kann man kein Kind mehr bekommen.

Man kann auch kein Kind zeugen.

Die Regeln für solche Operationen stehen im Betreuungs-Recht.

Diese Regeln sollen verändert werden:

Damit sie zu den Menschen-Rechten passen.

Damit jede Person selbst über ihren eigenen Körper bestimmen kann.





Es soll mehr geforscht werden zu dem Thema:

- So verhindern Frauen mit Behinderungen eine Schwangerschaft:
Wenn sie in einer Einrichtung leben.
- So viele **Abtreibungen** wurden bei Frauen mit Behinderungen gemacht:
Und die Frauen haben nicht zugestimmt.
- **Abtreibung** bedeutet:
Man ist schwanger.
Man wird operiert.
Damit das Kind nicht geboren wird.



Die neue Regierung soll dafür sorgen:

Alle Frauen und Mädchen können überall von einem Arzt oder einer Ärztin für Frauen-Gesundheit behandelt werden.

Ärzte und Ärztinnen und medizinische Fach-Kräfte lernen:
Das brauchen Frauen und Mädchen mit Behinderungen.



Es gibt barriere-freie Beratung zum Schutz vor Schwangerschaften.
Diese Beratungen sind zum Beispiel:

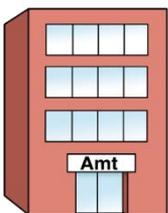
- In Leichter Sprache.
- In Gebärden-Sprache.



Es soll mehr Förderung geben für **Eltern-Assistenz**.

Das ist eine Hilfe vom Sozial-Amt für Eltern mit Behinderungen.

Die Eltern-Assistenz soll mehr genutzt werden.



Politische Mit-Bestimmung von Selbst-Vertretungen



Die Rechte und Regeln aus dem UN-Vertrag kann man nur beachten:

Wenn Menschen mit Behinderungen und ihre Selbst-Vertretungen mit-reden und mit-entscheiden.

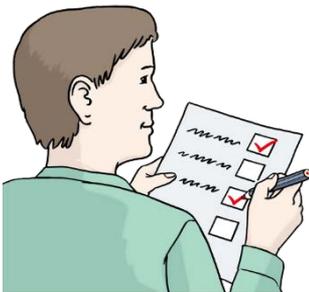
In den letzten Jahren ist das weniger geworden.

Deshalb muss die neue Regierung Folgendes machen:

Die Regeln für die politische Arbeit müssen geprüft werden.

Dazu gehören die Regeln für:

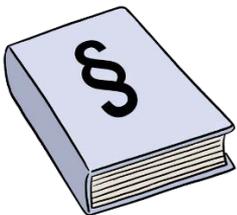
- Den Bundes-Tag.
- Die Bundes-Regierung.
- Alle staatlichen Ämter und Büros.



In den Regeln muss stehen:

Menschen mit Behinderungen dürfen mit-reden und mit-entscheiden.

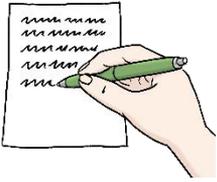
- Einführung von Regeln für die Mit-Bestimmung: Menschen mit Behinderungen und ihre Interessen-Vertretungen sollen mit-reden und mit-entscheiden: Wenn Gesetze geschrieben werden.
- Mehr Mit-Bestimmung von Kindern mit Behinderungen und ihren Interessen-Vertretungen. Besonders wenn es um Änderungen im 8. Sozial-Gesetz-Buch geht.
- Es sollen mehr Menschen mit Behinderungen in der Politik vertreten sein.





- Alle Infos und Veranstaltungen vom Bundes-Tag und von der Bundes-Regierung müssen immer barriere-frei sein. Alle Menschen sollen alle Infos gut und richtig verstehen. Dazu gehören auch:
 - Sitzungen vom Bundes-Tag.
 - Treffen von der Bundes-Regierung mit Vertretern und Vertreterinnen von Nachrichten und Fernsehen.

Über diesen Text



Wer hat diesen Text gemacht?

Der Text ist vom

Deutschen Institut für Menschen-Rechte

Das ist die Adresse vom Institut:

Zimmerstraße 26/27

10969 Berlin

Telefon: 030 25 93 59 0

E-Mail: info@institut-fuer-menschenrechte.de

www.institut-fuer-menschenrechte.de/leichte-sprache

Sabine Bernot, Susann Kroworsch, Jana Offergeld,
Leander Palleit und Britta Schlegel

haben den Text in schwerer Sprache geschrieben.

Sie arbeiten beim Deutschen Institut für Menschen-Rechte.

Marlene Seifert hat den Text in Leichte Sprache übersetzt.

Menschen mit Lern-Schwierigkeiten von

Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland e.V.

haben den Text geprüft.

Wer hat die Bilder gemacht?

Die Bilder sind von: © Lebenshilfe für Menschen mit geistiger
Behinderung Bremen e. V.

Illustrator: Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013

Mehr Infos

Der Text ist vom Januar 2022.

Den gesamten Text gibt es auch in schwerer Sprache.

Er heißt:

Empfehlungen zur Umsetzung der
UN-Behindertenrechtskonvention in der
20. Wahlperiode (2021–2025). 11 Eckpunkte.

Infos zu Rechten am Text stehen hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Diese Rechte nennt man auch: **Lizenz**



Über das Deutsche Institut für Menschen-Rechte

Das **Deutsche Institut für Menschen-Rechte** heißt kurz: **DIMR**.



Das DIMR achtet in Deutschland auf wichtige Rechte von allen Menschen. Diese Rechte nennt man: **Menschen-Rechte**. Zum Beispiel:

- Jeder Mensch ist frei.
- Jeder Mensch ist gleich gut und wichtig.
- Jeder Mensch darf seine Meinung sagen.

Was macht das DIMR?

Das DIMR gibt Infos über Menschen-Rechte.

Zum Beispiel für die Politik.

Das DIMR forscht über Menschen-Rechte.

Zum Beispiel:

Beachtet Deutschland die Menschen-Rechte?

Das DIMR arbeitet auf der ganzen Welt mit vielen Organisationen zusammen.

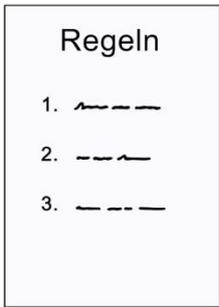


Das DIMR prüft auch, ob Deutschland sich an wichtige Rechte hält.

Zum Beispiel:

- Rechte für Menschen mit Behinderungen:
Die UN-Behindertenrechts-Konvention.
- Rechte für Kinder:
Die UN-Kinderrechts-Konvention.





Wie arbeitet das DIMR?

Für das DIMR gibt es Regeln.

Die Regeln heißen: **Pariser Prinzipien** der Vereinten Nationen.

In den Regeln steht zum Beispiel:

Niemand bestimmt über die Arbeit vom DIMR.

Keine Partei.

Und keine andere Gruppe.

Das DIMR bestimmt das selbst.



Das DIMR bekommt für die Arbeit Geld vom Deutschen Bundestag.

Aber auch der Bundestag bestimmt nicht:

So arbeitet das DIMR.

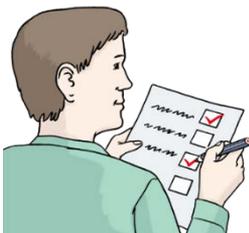
Über die Monitoring-Stelle

Im DIMR gibt es ein Büro.

Das Büro heißt:

Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechts-Konvention.

Die UN-Behindertenrechts-Konvention ist ein UN-Vertrag.



Die Monitoring-Stelle prüft:

- Wird der UN-Vertrag in Deutschland eingehalten.
- Haben behinderte Menschen in Deutschland die gleichen Rechte wie alle anderen Menschen auch.

Die Monitoring-Stelle gibt Tipps und Informationen an die Politik.

- So können die Menschen-Rechte umgesetzt werden.
- Das muss in Deutschland für die Rechte von behinderten Menschen gemacht werden.